



EU-Monitoring N° 6

Juni 2021

Stand: 01.07.2021

Inhalt

1	Europäische Union	1
1.1	Institutionen	1
1.1.1	Europäische Kommission	1
1.1.2	Europäischer Rat	1
1.1.3	Rat der EU	2
1.1.4	Europäisches Parlament	7
1.2	Instrumente	9
1.2.1	Kindergarantie	9
1.2.2	Europäische Säule sozialer Rechte	9
1.2.3	Konferenz zur Zukunft Europas	10
1.2.4	Europäisches Semester	11
2	Europarat	12
2.1	Istanbul-Konvention	12
3	Aktuelle Themen	14
3.1	Coronavirus-Pandemie & soziale Folgen	14
3.2	Kinder & Jugendliche	14
3.3	Ältere Menschen & Pflege	15
3.4	Gleichstellung der Geschlechter	16
3.5	Geschlechtsbezogene Gewalt	17
3.6	LGBTI	18

1 Europäische Union

1.1 Institutionen

1.1.1 Europäische Kommission

- Das [Aufbauinstrument NextGenerationEU](#) (de) ist seit Juni mit Annahme der Eigenmittelbeschlüsse in allen 27 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert. Mit einem Budget von 807 Milliarden Euro zu jeweiligen Preisen soll das Programm die unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Schäden der Coronavirus-Pandemie abmildern. Am 29. Juni wurden erste Zahlungen in Höhe von 800 Millionen Euro vorgenommen. Die Mittel gehen an 41 nationale und regionale Programme in 16 Mitgliedstaaten¹. [Berichterstattung](#) (de) der Kommission.
- Am 15. Juni legte die Kommission eine [Mitteilung über die ersten Lehren aus der Corona-Pandemie](#) (en) vor. Die Mitteilung zieht eine Bilanz der vergangenen 18 Monate und soll als Basis für weitere Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene zur verbesserten Antizipation von Gesundheitsrisiken und schnellerer Notfallplanung auf allen Ebenen dienen. [Zusammenfassung der zehn Hauptkenntnisse](#) (de) der Kommission.

1.1.2 Europäischer Rat

Der Europäische Rat tagte am 24. und 25. Juni und nahm [Schlussfolgerungen](#) (de) zu den Themen COVID-19, wirtschaftliche Erholung, Migration, Türkei, Libyen, Russland, Belarus, Sahel, Äthiopien und Cybersicherheit an.

1.1.2.1 Diskussion um Diskriminierung von LGBTIQ-Personen in Ungarn²

- Das Thema Grundrechte und Diskriminierung von LGBTIQ-Personen wurde am Nachmittag des ersten Tagungstags von den Staats- und Regierungsspitzen diskutiert, obwohl es nicht auf der Agenda stand. Zuvor hatte das ungarische Parlament ein Gesetz verabschiedet, welches die „Förderung oder Darstellung“ von Homosexualität oder Geschlechtsumwandlung bei Minderjährigen verbieten soll (siehe Hintergrund).
- Mehrere europäische Nachrichtenplattformen (Berichterstattung [EURACTIV](#), [POLITICO](#), beide en) berichteten, dass die Diskussion extrem angespannt, teilweise hitzig und persönlich wurde.

¹ Neben Deutschland erhalten Frankreich, Griechenland, die Tschechische Republik, Polen, Litauen, Niederlande, Slowakei, Estland, Österreich, Dänemark, Finnland, Bulgarien, Schweden, Portugal und Kroatien Mittel.

² Im EU-Monitoring N° 5 wurde ein auf Gleichstellungspolitik fokussierter Einblick in den langjährigen Entdemokratisierungsprozess in Ungarn gegeben.

- Mittlerweile haben 17 Mitgliedstaaten³ sich einer zwei Tage zuvor, am 22. Juni, von Belgien initiierten [gemeinsamen Erklärung](#) (nl) angeschlossen. In der Erklärung fordern die unterzeichnenden Mitgliedstaaten die Europäische Kommission auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um die Einhaltung europäischer Gesetze zu gewährleisten, bis hin zu Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof. Die Unterzeichnenden sehen die Annahme der Änderungsanträge am Gesetz mit großer Besorgnis, da diese „unter dem Deckmantel des Schutzes von Kindern“ LGBTIQ-Personen diskriminiert und das Recht auf freie Meinungsäußerung verletzt.

Hintergrund: LGBTIQ-feindliches Gesetz in Ungarn

- Auslöser des Streites ist die Verabschiedung eines umstrittenen Gesetzes durch das ungarische Parlament. Ursprünglich sah der Gesetzesentwurf schwerere Sanktionen bei Sexualstraftaten gegen Minderjährige vor. Aufgrund von Änderungen, die die Regierungspartei Fidesz kurzfristig vornahm, verbietet das Gesetz nun ebenfalls die „Förderung oder Darstellung“ von Homosexualität oder Geschlechtsumwandlung bei Minderjährigen und schränkt die Sexualaufklärung in Schulen ein. Die Regierung Orbán vertritt den Standpunkt, es gehe bei der Änderung ausschließlich um den Schutz von Kindern. Weitere Informationen zu den Änderungen des Gesetzes und seiner Entstehung: [„Portrayal and promotion – Hungary’s LGBTIQ+ law explained“](#) (EURACTIV, en).
- Kommissionspräsidentin von der Leyen erwähnte das verabschiedete Gesetz auf einer [Pressekonferenz](#) (en) zum NextGenerationEU-Aufbauinstrument und bezeichnete es als „Schande“. Sie erklärte, sie habe veranlasst, dass die Kommission der ungarischen Regierung in einem Brief die rechtlichen Bedenken mitteilt. Von der Leyen betonte, dass das Gesetz offensichtlich aufgrund sexueller Orientierung diskriminiere und somit gegen die Grundwerte der Europäischen Union verstoße. Es wurden keine konkreten rechtlichen Schritte genannt. Eine schriftliche Übermittlung des Protests, wie beispielsweise durch den o.g. Brief, wäre aber der erste Schritt in einem Vertragsverletzungsverfahren.

1.1.3 Rat der EU

1.1.3.1 Ratspräsidentschaft

Das [Trioprogramm](#)⁴ (de) des Rats der EU vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2021, in dessen Zeitraum die **Ratspräsidentschaften von Deutschland, Portugal und Slowenien** fallen, wurde bereits im Juni 2020 veröffentlicht. Durch den Wechsel der Ratspräsidentschaft von Portugal auf Slowenien wird an dieser Stelle erneut auf wesentliche Themen hingewiesen:

³ Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Spanien, Schweden, Lettland, Italien, Griechenland, Österreich und Zypern (Italien, Griechenland, Österreich und Zypern schlossen sich im Nachgang zum Treffen des Europäischen Rates an).

⁴ Das Trioprogramm gewährleistet eine reibungslose Übergabe des Vorsitzes von einem EU-Mitgliedstaat an den anderen durch eine Planung für 18 Monate. Dabei werden Themen benannt, welche während der jeweiligen Vorsitze nach Maßgabe der Strategischen Agenda 2019–2024 angegangen werden sollen.

- Förderung der Zusammenarbeit und Einigkeit unter den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Bewältigung der Coronavirus-Pandemie,
- Erhaltung eines gerechten und sozialen Europas bei gleichzeitiger weltweiter Förderung europäischer Interessen und Werte. Förderung des sozialen Zusammenhalts, der Rechtsstaatlichkeit, von Gleichberechtigung, Menschenrechten und gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen unter Einbeziehung der während der Pandemie gemachten Erfahrungen,
- Gewährleistung eines transparenten und europaweiten digitalen Wandels unter Wahrung der Menschenrechte,
- Entwicklung umfassender, dauerhafter und krisenfester Lösungen im Bereich der Migration.

1.1.3.2 Slowenische Ratspräsidentschaft (1. Juli bis 31. Dezember 2021)

Slowenien übernimmt am 1. Juli die Ratspräsidentschaft von Portugal und ist das letzte Mitgliedsland in der Triopräsidentschaft Deutschland – Portugal – Slowenien.

- [Webseite](#) (de)
- [Briefing](#) (en) des **Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments** zu den wichtigsten Dossiers der slowenischen Präsidentschaft.

Im **slowenischen Präsidentschaftsprogramm** [Gemeinsam. Widerstandsfähig. Europa.](#) (de) setzt Slowenien die folgenden **vier Prioritäten** (Auszug aus dem Programm, S. 3):

1. Resilienz und Aufbau der Europäischen Union: Strategische Autonomie der Europäischen Union,
2. Konferenz zur Zukunft Europas (siehe auch [1.2.3](#)),
3. Eine Union, die die europäische Lebensweise, Rechtsstaatlichkeit⁵ und gleiche Maßstäbe für alle fördert,
4. Eine glaubwürdige und sichere Europäische Union: Eine Union, die auch die Sicherheit und Stabilität in der Nachbarschaft gewährleisten kann.

Konferenz zur Zukunft Europas (Auszug aus dem Programm, S. 12/13)

- Die Verantwortung für die Umsetzung dieses einzigartigen demokratischen Projekts liegt beim Rat der Europäischen Union, der gerade von Slowenien während eines Hauptteils der Konferenz geführt wird, zusammen mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission.

⁵ Sloweniens Ministerpräsident Janez Janša ist einer der umstrittensten Politiker in Europa. Ihm wird eine große Nähe zu Ungarns rechtspopulistischem Regierungschef Viktor Orbán vorgeworfen. Im Streit um das ungarische Gesetz zur Einschränkung der Informationsrechte von Minderjährigen zu Homosexualität (siehe [1.1.2.1](#)) hatte sich Janša gemeinsam mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki hinter Orbán gestellt. Im eigenen Land werden ihm gezielte Attacken gegen Presse, Justiz und Zivilgesellschaft zum Vorwurf gemacht ([Spiegel Online](#), de).

- Als EU-Ratsvorsitz wird Slowenien bei der Leitung der Konferenz die Ansichten der Mitgliedstaaten koordinieren und vertreten. Unser Ziel ist, während unserer EU-Ratspräsidentschaft zwei Plenarversammlungen und mehrere europäische Bürgerforen zu veranstalten [...].
- Slowenien wird die Transparenz der Arbeit der Konferenz hervorheben und den Rat der EU regelmäßig über die Arbeit der Konferenz informieren. Wir werden alles dafür tun, dass die Arbeit der Konferenz gemäß den Plänen fortgesetzt wird und dass sie, wie geplant, während des französischen Vorsitzes im Rat im Frühling 2022 abgeschlossen wird.
- Anfang September veranstalten wir das **16. Strategische Forum Bled** zur Zukunft Europas, um uns eingehend über die Fragen, Risiken und Möglichkeiten unserer gemeinsamen Zukunft auseinanderzusetzen. Zu dieser zentralen Veranstaltung werden die prominentesten europäischen Staats- und Regierungschefs eingeladen, um öffentlich über die grundlegenden strategischen Herausforderungen Europas zu sprechen.

Weitere gesellschaftspolitische Vorhaben (Auszüge aus dem Programm):

- **Aufbau** (S. 10):
 - Als EU-Ratspräsidentschaft wollen wir für **bessere Möglichkeiten für Familien und junge Menschen** sorgen, wobei wir auch die **Chancengleichheit für alle ungeachtet des Geschlechts** fördern werden. Wir treffen Maßnahmen, die durch Anreize auf dem Arbeitsmarkt einen positiven Effekt auf das Familienleben haben. Im Oktober plant Slowenien eine **hochrangige Konferenz zur Sicherung von hochwertigen Arbeitsplätzen durch Anpassungen in den Bereichen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, lebenslanger Erwerb von angemessenen Kenntnissen und Befähigungen und Gewährleistung von einem sicheren und gesunden Arbeitsumfeld auch in Zukunftsberufen bzw. neuen Arbeitsformen.
- **Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit** (S. 35):
 - Die **europäische Säule sozialer Rechte zusammen mit dem Aktionsplan zu deren Umsetzung** ist der zentrale Leitgedanke der EU und der Mitgliedstaaten. Das gilt nicht nur für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Union, sondern vor allem für die Findung von langfristigen Lösungen für die Anpassung an die mit dem digitalen und grünen Wandel sowie mit der Alterung der Bevölkerung verbundenen Veränderungen. Der slowenische Vorsitz wird die Debatte zur **Stärkung eines sozialen Europas** mit Schwerpunkt auf der Erfüllung der auf dem Sozialgipfel in Porto im Mai 2021 vereinbarten Verpflichtungen sowie auf der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne im sozialen Bereich fortführen.
 - Besondere Aufmerksamkeit wird den **Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Arbeitsmärkte** und deren erfolgreiche Bewältigung zugewendet. Das zentrale Leitprinzip dabei wird der **Lebensverlaufansatz** mit

Schwerpunkt auf der Förderung von Qualitätsarbeit für die Lebensqualität aller Generationen sein, wozu der slowenische Ratsvorsitz **Schlussfolgerungen** fassen wird. Diese stellen vor allem eine Antwort auf den neuen strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, die aktualisierte Kompetenzagenda, Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter, Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation über das Grünbuch zum Thema Altern dar. Unter dem Leitgedanken des Lebensverlaufansatzes werden ebenfalls die vom slowenischen Ratsvorsitz veranstalteten **Diskussionen über die Rechte der Kinder und älterer Menschen** geführt.

- Der slowenische Vorsitz wird die Verhandlungen über die Initiative für **Lohntransparenz** fortsetzen, die eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und das Lohngefälle beseitigt sowie die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt fördert.
- Um die Gleichstellung der Geschlechter im Arbeitsleben zu stärken, wird der slowenische Ratsvorsitz noch die Schlussfolgerungen über den **Einfluss der Digitalisierung und künstlicher Intelligenz auf die Geschlechtergleichstellung am Arbeitsmarkt** fassen.
- **Justiz** (S. 26):
 - Im Bereich Justiz wird der slowenische Ratsvorsitz daran arbeiten, das **Bewusstsein über die Notwendigkeit einer wirksamen Bekämpfung von Hassreden und Hassverbrechen zu schärfen**, da es dabei um Handlungen geht, die gegen die Grundsätze und Werte verstoßen, auf denen die Union beruht und die allen Mitgliedstaaten gemein sind. Besonderes Augenmerk wird auf die wirksame Bekämpfung rechtswidriger hetzerischer Inhalte gelegt, insbesondere im Online-Umfeld.
 - In diesem Zusammenhang wird sich der slowenische Ratsvorsitz auch mit der **Perspektive der Opfer dieser Straftaten** befassen und die Arbeit an den Rechten der Opfer fortsetzen.
 - Der Schwerpunkt wird auf die Rechte des Kindes gelegt, wobei eine **umfassende Antwort des Rates auf die EU-Kinderrechtsstrategie** vorbereitet werden soll.
- **Jugend** (S. 38):
 - Der Schwerpunkt des slowenischen Ratsvorsitzes im Bereich Jugend wird die **Beteiligung der Jugend** sein, wobei der Schwerpunkt auf der Einbeziehung der Jugend in verschiedene gesellschaftliche und staatsbürgerliche Räume liegt.
 - Der Slowenische Ratsvorsitz wird eine **Antwort zum Bericht der Kommission über die Umsetzung der EU-Jugendstrategie** verfassen und einen Vorschlag für die Weiterentwicklung dieses Bereiches in einem **neuen dreijährigen Aktionsplan zur Umsetzung dieser Strategie** erarbeiten.

- Besonderes Augenmerk wird auf der Umsetzung des EU-Jugenddialogs, der Mobilität junger Freiwilliger und der grenzüberschreitenden Mobilität liegen.

1.1.3.3 Rat der Europäischen Union für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)

Der EPSO-Rat tagte am 14. und 15. Juni. Schwerpunkte lagen am ersten Tagungstag u. a. auf den Themen **Kindergarantie** (siehe ausführlich 1.2.1), Auswirkungen von COVID-19 auf die Geschlechtergleichstellung, Lohntransparenz und Gleichbehandlung, Europäisches Semester, Langzeitpflege und Altersversorgung. Der Fokus des zweiten Tagungstags lag auf dem Thema Gesundheit. [Berichterstattung](#) (de) des Rates.

- Es wurden [Schlussfolgerungen des Rates zu den sozioökonomischen Auswirkungen von COVID-19 auf die Gleichstellung der Geschlechter](#) (de) angenommen. Der Rat stellt fest, dass Frauen zwischen 76 und 95 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitswesen ausmachen und somit einem höheren Ansteckungsrisiko mit dem Coronavirus ausgesetzt sind. Die durch die Coronavirus-Pandemie zugenommene Sorgearbeit, wird ebenfalls unverhältnismäßig von Frauen übernommen. In den Schlussfolgerungen fordert der Rat die EU-Mitgliedstaaten sowie die Kommission dazu auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf langfristige Benachteiligungen von Frauen zu mildern. Hierzu gehört u.a.
 - die Förderung der Geschlechtergleichstellung und Chancengleichheit bei der Entwicklung und Umsetzung von Aufbaumaßnahmen,
 - die Förderung der Vereinbarkeit von Berufs-, Familien- und Privatleben,
 - die Förderung eines gleichberechtigten Zugangs zu allen Bildungsbereichen und Berufslaufbahnen, sowie
 - die Erhebung und Verbreitung von mehr geschlechtsbezogenen aufgeschlüsselten Daten, Informationen und Forschung.
- Der portugiesische Vorsitz informierte die Ministerinnen und Minister über den aktuellen Stand von zwei Gesetzgebungsdossiers im Bereich Gleichstellung:
 - [Fortschrittsbericht](#) (de): Vorschlag für eine Richtlinie zur Stärkung der Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sowie
 - [Sachstandsbericht](#) (de): Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Erweiterung des Schutzes vor Diskriminierung auf Gründen der Religion oder einer Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung über den Bereich der Beschäftigung hinaus.
- [Schlussfolgerungen zum Bericht 2021 des Ausschusses für Sozialschutz und der Europäischen Kommission zur Langzeitpflege](#) (de)
- [Schlussfolgerungen zur Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#) (de)

Das nächste offizielle Treffen des EPSCO-Rates findet am 15. Oktober in der Ratsformation Beschäftigung und Sozialpolitik statt: Informationen werden vorab [hier](#) (de) veröffentlicht.

1.1.3.4 Rat der Europäischen Union für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Das nächste offizielle Treffen der Ratsformation für Bildung, Jugend, Kultur und Sport findet am 29. und 30. November statt: Informationen werden vorab [hier](#) (de) veröffentlicht.

1.1.4 Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament trat vom 7. bis 10. Juni ([Tagesordnung](#) de/en) und 23. bis 24. Juni ([Tagesordnung](#) de/en) zu Plenarsitzungen zusammen.

- Die Abgeordneten forderten die Europäische Kommission am 10. Juni in einer Entschließung zur [Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union und zur Anwendung der Konditionalitätsverordnung](#) (de/en) auf, ihren Verpflichtungen gemäß der Rechtsstaatlichkeits-Konditionalität nachzukommen. Die Verordnung über die Konditionalität im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit ([weitere Informationen des Europäischen Parlaments](#), de) ist seit dem 1. Januar 2021 in Kraft und ermächtigt den Rat nach Feststellung eines Verstoßes gegen die Rechtsstaatlichkeit durch die Kommission mit qualifizierter Mehrheit die Kürzung oder Einstellung der Zahlungen von Mitteln aus dem EU-Haushalt an den betreffenden Mitgliedsstaat vorzunehmen. Gleichzeitig bereitet das Parlament eine Untätigkeitsklage gemäß Artikel 265 AEUV gegen die Kommission vor, sollte diese nicht auf Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit reagieren: [Berichterstattung](#) (de) der Europäischen Parlaments.
- Am 24. Juni nahmen die Abgeordneten eine [Entschließung zu der Lage im Hinblick auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte in der EU im Zusammenhang mit der Gesundheit von Frauen](#) (de/en) an. Die Entschließung stellt fest, dass Verstöße gegen die sexuelle und reproduktive Gesundheit den Fortschritt hin zur Geschlechtergleichstellung behindern und eine Form der Gewalt gegen Frauen und Mädchen darstellen. Das Parlament ruft die Kommission dazu auf, konkrete Maßnahmen, beispielsweise die Einsetzung eines EU-Sonderbeauftragten für sexuelle und reproduktive Gesundheit, zu ergreifen. Angesichts teilweiser sehr restriktiver Gesetze zu Abtreibung, eingeschränktem Zugang zu Verhütungsmitteln und mangelnder Gewährleistung einer umfassenden Sexualaufklärung in einigen EU-Mitgliedstaaten fordert das Parlament alle EU-Mitgliedstaaten auf, den allgemeinen Zugang zu Mitteln der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung für Frauen zu gewährleisten und sicherzustellen:
 - [Berichterstattung](#) (de) des Parlaments.
 - Bericht des **FEMM-Ausschusses** [Report on the situation of sexual and reproductive health and rights in the EU, in the frame of women's health \(2020/2215\(INI\)\)](#) (en).

1.1.4.1 Legislativpaket zur EU-Kohäsionspolitik 2021–2027

Am 23. Juni nahm das Parlament im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens in zweiter Lesung die [legislative Entschließung des Kohäsionspakets](#) (de) an. Mit Annahme des Pakets stehen nun alle kohäsionspolitischen Instrumente für die [neue Kohäsionspolitik 2021–2027](#) (de/en) zur Verfügung.

- Das Paket enthält folgende Verordnungen:
 - die Dachverordnung für Fonds mit geteilter Mittelverwaltung
 - die Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Kohäsionsfonds
 - die Verordnung über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+)
 - die Interreg-Verordnung über besondere Bestimmungen für das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie aus Finanzierungsinstrumenten für das auswärtige Handeln unterstützte Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“

Der nun angenommene [ESF+](#) ([Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Sozialfonds Plus](#), de) soll insbesondere zur Umsetzung des Aktionsplans zur Europäischen Säule sozialer Rechte beitragen sowie die Bekämpfung der sozioökonomischen Auswirkungen der Corona-virus-Pandemie unterstützen.

- Folgend der Zustimmung des Parlaments werden die drei Verordnungen am 30. Juni im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und treten zum 1. Juli in Kraft.
- [Fragen und Antworten zum Legislativpaket zur EU-Kohäsionspolitik 2021–2027](#) (de) der **Europäischen Kommission**
- [Hintergrundinformation](#) (de) des **Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments** zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und Kohäsionsfonds 2021–2027.

Die nächste Plenarsitzung findet vom 5. bis 8. Juli statt: [Tagesordnung](#) (de/en):

- Am 5. Juli werden die Abgeordneten über einen Entschließungsantrag des Petitionsausschusses „Rechte von LGBTI+-Personen in der EU“ abstimmen.
- Am 8. Juli gibt es eine Aussprache zur parlamentarischen Anfrage im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter „[Konsequenzen der #MeToo-Bewegung für die Institutionen der EU](#)“ (de/en).

1.2 Instrumente

1.2.1 Kindergarantie

Ziel einer europaweiten [Kindergarantie \(en\)](#) ist die Bekämpfung von Kinderarmut durch die Gewährleistung des Zugangs aller Kinder in Europa zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen in fünf Bereichen: frühkindliche Bildung und Entwicklung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wohnen. Ein [Vorschlag \(de\)](#) der Europäischen Kommission für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Kindergarantie wurde am 24. März 2021 angenommen. Die [Empfehlung zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder \(de\)](#) wurde am 14. Juni 2021 durch die EU-Mitgliedstaaten im EPSCO-Rat angenommen.

- Die [Empfehlung zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder \(de\)](#) wurde am 14. Juni 2021 einstimmig durch die EU-Mitgliedstaaten im EPSCO-Rat (siehe [1.1.3.3](#)) angenommen.
 - [Pressemitteilung \(de\)](#) vom 14. Juni 2021
- Die **Beobachtungsstelle** hat ihre Hintergrundinformation zur [Kindergarantie \(de\)](#) aktualisiert. Diese geht insbesondere auf die Empfehlung ein und beinhaltet u. a. eine Synopse voneinander abweichender Formulierungen im Vorschlag der Europäischen Kommission und in der Empfehlung des Rates der Europäischen Union.
- Anlässlich der Annahme der Empfehlung zur Kindergarantie gab es zahlreiche **Reaktionen** relevanter Stakeholder:
 - [Aktuelle Meldung \(de\)](#) vom BMFSFJ
 - [Mitteilung \(en\)](#) der **EU Alliance for Investing in Children**
 - [Mitteilung \(en\)](#) von **COFACE Families Europe**
 - [Statement \(en\)](#) von **Eurochild**
 - [Beitrag \(en\)](#) auf **Euronews**
 - Artikel [Child Guarantee – for most, but not all \(en\)](#) von Ally Dunhill und Enrico Tormen, beide Eurochild auf Social Europe
 - Artikel [A historic day for children growing up in poverty in the EU \(en\)](#) von Anita Bay Bundegaard, Save the Children, und Jana Hainsworth, Eurochild, auf Euractiv.

1.2.2 Europäische Säule sozialer Rechte

Die [Europäische Säule sozialer Rechte \(de\)](#) wurde am 17. November 2017 unter Jean-Claude Juncker proklamiert und soll soziale Rechte für Bürgerinnen und Bürger aufbauend auf 20 Grundsätzen in den Bereichen 1) Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, 2) Faire Arbeitsbedingungen sowie 3) Sozialschutz und soziale Inklusion gewährleisten.

Die Nachfolgerkommission von der Leyen hat am 4. März 2021 einen [Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte](#) (en) veröffentlicht, der neue soziale Leitziele bis 2030 in den Bereichen der Säule festlegt.

- **Caritas Europe** hat den Aktionsplan [analysiert](#) (en), insbesondere aus der Perspektive ihrer Mitglieder, die vor Ort mit Menschen in vulnerablen Situationen arbeiten. Grundsätzlich wird der Aktionsplan befürwortet. Jedoch wünscht sich die Organisation auch ambitioniertere Ziele zur Armutsbekämpfung und kritisiert, dass soziale Dienste nicht Bestandteil des Aktionsplans sind.

1.2.3 Konferenz zur Zukunft Europas

Zu Beginn ihrer Amtszeit kündigte Kommissionspräsidentin von der Leyen an, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Zukunft Europas im Rahmen einer Konferenz zur Zukunft Europas stärken zu wollen. Der Prozess startete am 9. Mai 2021 und soll voraussichtlich in der ersten Hälfte 2022 in Form einer Abschlusskonferenz mit konkreten Ergebnissen enden. Wichtigstes Element sind die Europäischen Bürgerforen, bei denen eine repräsentative Anzahl und Zusammensetzung von Bürgerinnen und Bürgern zu konkreten Themen beraten. [Informationsgrafik](#) des Europäischen Parlaments zum Aufbau, Ablauf und Exekutivausschuss der Konferenz.

- Am 19. Juni fand die **erste Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas** in Straßburg statt. Das Plenum bestehend aus 108 Mitgliedern des Europäischen Parlaments, 54 Vertreterinnen und Vertretern des Rates (zwei pro Mitgliedstaat), drei Vertreterinnen und Vertretern der Kommission, 108 Mitgliedern der Parlamente der Mitgliedstaaten sowie weiteren 108 Bürgerinnen und Bürgern diskutierte hauptsächlich zu den Erwartungen und Zielsetzungen der Konferenz sowie Verfahrensfragen.
 - [Videozusammenfassung](#) in 6 Minuten (en)
 - [Mitschnitt der gesamten Veranstaltung](#) (08:55–13:30 Uhr)
 - [Informationen zur Plenarsitzung](#) (de) der Konferenz zur Zukunft Europas
- **Nächste Schritte:** Im September und Oktober finden Europäische Bürgerforen statt, die Beiträge für die Debatte der Plenarversammlung vorbereiten, u.a. wie die EU den auf der [Online-Plattform](#) (de) eingereichten Beiträgen der Bevölkerung Taten folgen lassen kann. Die Plenarversammlung wird das nächste Mal am 22. und 23. Oktober zusammenkommen.
- Am 15. Juni 2021 fand der [Online-Bürgerdialog „The Future is Female! Forderungen von Frauen an die Konferenz zur Zukunft Europas“](#), organisiert von der überparteilichen **Europa-Union Deutschland**, statt. An der interaktiven Veranstaltung im Rahmen der Reihe „[Europa – Wir müssen reden!](#)“ nahmen unter anderem Hannah Neumann, Mitglied des Europäischen Parlaments und Prof. Dr. Ingeborg Tömmel, Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkt Europäische Integration teil. Thematisiert wurden gleichstellungspolitische Themen wie der Gender Pay Gap, Frauen in Führungspositionen und der Roll-back hinsichtlich gleichstellungspolitischer Themen in Europa. Die im Rahmen des Online-Bürgerdialogs artikulierten Ideen und Forderungen finden sich auf der [digitalen Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas](#). Mit Blick auf die Bedeutung des Themas Gleichstellung im Rahmen der [Themenliste der Konferenz zur Zukunft](#)

Europas wurde festgestellt, dass diese kein Schwerpunktthema sei, jedoch an vielen Stellen innerhalb der Themen auftauche. Es wurde der Eindruck geteilt, dass auch auf der [Plattform zur Zukunft Europas](#) jene Gruppen noch stärker zu Wort kommen müssen, deren Stimme auch sonst zu wenig gehört wird, darunter auch Frauen.

- Die **AGE Platform Europe** organisierte am 29. Juni 2021 die Veranstaltung „[Wie kann die Konferenz zur Zukunft Europas das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU stärken?](#)“ (de/en). Katja Meier, sächsische Staatsministerin für Justiz, Demokratie, Europa und Gleichstellung diskutierte dazu unter anderem mit der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Dubravka Šuica.

1.2.4 Europäisches Semester

Das Europäische Semester ist der Abstimmungszyklus der EU-Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Ausrichtung ihrer Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik an auf EU-Ebene jährlich vereinbarten Zielen und Regeln. Der Ablauf des Europäischen Semesters folgt immer derselben Logik: Siehe Infografiken zur [Aufgabenverteilung](#) (de) und [Zeitleiste](#) (en) des Europäischen Semesters.

- Am 2. Juni hat die **Europäische Kommission** das [Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2021](#) (en) vorgelegt. Das Paket enthält unter anderem eine [Mitteilung zur wirtschaftspolitischen Koordinierung im Jahr 2021](#) (en) und [politische Empfehlungen der Kommission für 2022](#) und danach auf der Grundlage der Bewertung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten (en).
- Die Empfehlungen für die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten sollen dazu beitragen, dass die Mitgliedstaaten das Aufbauinstrument NextGenerationEU bestmöglich zur wirtschaftlichen Erholung nutzen. In diesem Jahr wird das Europäische Semester daher mit den Aufbau- und Resilienzplänen verknüpft, die die Mitgliedstaaten im Rahmen des NextGenerationEU-Programms eingereicht haben mit Investitionen und Reformen, die sie mit NextGenerationEU-Mitteln finanzieren werden. [Berichterstattung](#) (de) der Europäischen Kommission.
 - [Frühjahrspaket: Fragen und Antworten](#) (de) der **Europäischen Kommission**
 - Eine Studie des **Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments** [vergleicht die länderbezogenen Empfehlungen für 2019, 2020 und 2021](#) (en) tabellarisch miteinander und gibt einen Überblick über die jeweilige Umsetzung.

2 Europarat

2.1 Istanbul-Konvention

Das 2011 in Istanbul unterzeichnete und 2014 in Kraft getretene **Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt** (Istanbul-Konvention) ist das bisher weitreichendste international rechtsverbindliche Instrument zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

- Zum 1. Juli ist die **Türkei** offiziell aus der Istanbul-Konvention ausgetreten. Frauen protestierten in Istanbul vorab und am 1. Juli gegen die Entscheidung. Der Austritt findet aufgrund eines im März durch Präsident Erdoğan verkündeten Erlasses statt. Da die Konvention in der Türkei bereits durch das Parlament ratifiziert wurde, argumentieren Frauenrechtsorganisationen, die politische Opposition sowie Verfassungsrechtlerinnen, dass der Erlass des Präsidenten nicht zulässig gewesen sei. Des Weiteren existiert in der Türkei bereits ein Gesetz, welches sich auf die Bestimmungen der Istanbul-Konvention bezieht. Es ist unklar, wie mit diesem geltenden Recht nach dem Austritt verfahren wird. Weitere Informationen und Berichterstattung von [Amnesty International](#), [Deutsche Welle](#), [BBC](#) (alle en).
- **Bergen Global**, ein gemeinsames Projekt der University of Bergen und des Chr. Michelsen Institute, hat am 18. Juni ein Online-Seminar zum Thema [Backlash against Women's Rights and the Istanbul Convention](#) (en, [Videomitschnitt](#) auf Youtube) durchgeführt. Die teilnehmenden Expertinnen stellten die aktuelle Situation in Bezug auf die Istanbul-Konvention sowie auf die Gegenbewegung in der Türkei, Ungarn, Polen und Bulgarien vor:
 - In allen vier Ländern wurde die Istanbul-Konvention zunächst ohne nennenswerte Gegenstimmen, teilweise sogar von positiver Aufmerksamkeit begleitet, verabschiedet.
 - Die immer **stärkere Politisierung** des Themas durch eine sich **transnational organisierende Anti-Gender-Bewegung** führte erst in den letzten Jahren zu den zu beobachtenden **Backsliding-Tendenzen**: Die Türkei und Polen hatten die Konvention beide ratifiziert; die Türkei ist zum 1. Juli ausgetreten (siehe oben), in Polen läuft derzeit im Parlament eine Gesetzesinitiative zum Austritt. Ungarn und Bulgarien hatten die Konvention zwar unterzeichnet, jedoch nicht ratifiziert. Das bulgarische Verfassungsgericht hat die Istanbul-Konvention 2018 als verfassungswidrig erklärt. In Ungarn hat das Parlament 2020 eine Resolution verabschiedet, welche die Regierung auffordert, die Konvention nicht zu ratifizieren.
 - In allen Ländern wird der **Begriff „Gender“**, den die Istanbul-Konvention auch im Kontext von Frauen und Männern zugewiesenen gesellschaftlich konstruierte Rollen sieht, als Aufhänger für Kritik an der Konvention genommen. Es wird argumentiert, die sogenannte „Gender-Ideologie“ sei ein von „außen“ bzw. „oben“ auferlegtes Konzept, welches gegen die eigentlichen traditionellen Werte des Landes verstoße und die Rechte von Familien bedrohe. Durch eine

fehlende Abgrenzung zwischen Männern und Frauen würden zudem Frauen nur noch stärker benachteiligt.

- Die Anti-Gender-Bewegung stellt somit nicht Gewalt gegen Frauen, das Kernthema der Konvention, in den Mittelpunkt, sondern konstruiert den **Beitritt zur Konvention als „Einfallstor“** für den Verfall der genannten traditionellen Werte durch die „Gender-Ideologie“.
- Gewalt gegen Frauen wird in allen Ländern als Problem erkannt und teilweise auch bekämpft, jedoch **nicht im Kontext von geschlechtsbezogener Gewalt** gesehen.
- **Literaturhinweis:** Im Juni wurde ein neuer Bericht [Tip of the Iceberg: Religious Extremist Funders against Human Rights for Sexuality and Reproductive Health in Europe 2009 – 2018](#) (en) des **European Parliamentary Forum for Sexual and Reproductive Rights** veröffentlicht. Der Bericht stellt Finanzdaten über einen Zehnjahreszeitraum von über 50 in Europa tätigen Akteuren der Anti-Gender-Bewegung zusammen und zeigt auf, wie religiöse und extremistische Organisationen versuchen, reproduktive und sexuelle Rechte (wieder) einzuschränken.
- Die **Parlamentarische Versammlung des Europarates** (*Parliamentary Assembly of the Council of Europe – PACE*) trat vom 21. bis 24. Juni zur Sommersitzung 2021 zum zehnjährigen Bestehen der Istanbul-Konvention unter dem Titel [The Istanbul Convention 10 Years On](#) (en) zusammen. Generalsekretärin des Europarats, Marija Pejčinović Burić, betonte, dass angesichts des (drohenden) Ausstiegs bzw. Nicht-Ratifizierung der Konvention und Falschdarstellungen des Inhalts derselben in einer Reihe von Mitgliedstaaten die beste Gegenstrategie sei, den Wirkungsbereich durch weitere Beitritte zu erweitern. Der Europarat werde weiterhin mit voller Kraft für die Rechte von Frauen in Europa und darüber hinaus eintreten. [Zusammenfassung](#) (en) der verschiedenen Redebeiträge der PACE.

3 Aktuelle Themen

3.1 Coronavirus-Pandemie & soziale Folgen

- Das **Europäische Parlament** hat eine [Übersicht aller Studien mit Bezug zu Corona](#) (en) veröffentlicht, die die Ausschüsse des Parlaments seit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie veröffentlicht haben. Die betreffenden Textstellen wurden für die Übersicht zusammengestellt, siehe insbesondere Studien des FEMM-Ausschusses.

3.2 Kinder & Jugendliche

- Die **Beobachtungsstelle** hat im Juni einen Newsletter zu Kinderrechten im digitalen Raum veröffentlicht ([de/en](#)). Darin stellen wir zum einen internationale Initiativen zur Verwirklichung der Kinderrechte im digitalen Raum vor, wie die [25. Allgemeine Bemerkung der UN zu Kinderrechten in der Welt](#) (en) und die Kinderrechtsstrategie der Europäischen Kommission ([de/en](#)). Zum anderen geben wir Einblicke in die Situation europäischer Staaten (Deutschland, Finnland und Spanien) und in ihre Bestrebungen, Kinderrechte auch digital zu schützen.
- Der **Kinderrechtsausschuss der UN** hat am 5. Juni 2021 bekanntgegeben, dass er eine [Allgemeine Bemerkung zum Thema Kinderrechte und Umwelt mit einem Fokus auf Klimawandel](#) (en) plant. Dies wäre die 26. Allgemeine Bemerkung zur UN-Kinderrechtskonvention. In den nächsten Monaten wird der Kinderrechtsausschuss mit Staaten, Expertinnen und Experten und weiteren Stakeholdern die Allgemeine Bemerkung vorbereiten. Die Bemerkung soll helfen, Staaten und andere Akteure zu Verbesserungen beim Umweltschutz und Kinderrechten zu verpflichten.
- [Heute in Europa](#) vom **ZDF** widmet sich in seiner Sendung vom 21. Juni 2021 den sozialen Folgen der Coronavirus-Pandemie für Kinder und Jugendliche in Europa.
- **UNICEF Innocenti** hat die Studie [Where do rich countries stand on childcare](#) (en) veröffentlicht. Diese fokussiert insbesondere auf die Freistellungsmöglichkeiten für Eltern in den 41 reichsten Staaten der Welt und formuliert Handlungsempfehlungen.
- Forschende der **Goethe-Universität Frankfurt** und der **Universität Oslo** haben im Juni die Metastudie [Effects of COVID-19-related school closures on student achievement – a systematic review](#) (en) veröffentlicht. Sie kommen nach der Auswertung von Studien aus der ganzen Welt zu dem Ergebnis, dass die Kompetenzentwicklung von Schülerinnen und Schülern in dieser Zeit stagniert hat beziehungsweise Kompetenzeinbußen zu verzeichnen sind. Damit habe der Distanzunterricht einen ähnlichen Effekt wie Sommerferien gehabt. Besonders starke Kompetenzeinbußen seien bei Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Elternhäusern festzustellen. Allerdings gebe es Anhaltspunkte dafür, dass die Effekte der späteren Schulschließungen ab Winter 2020 nicht ebenso drastisch ausfallen, da sich die Online-Lehre vielerorts verbessert habe.

- Das Buch **Social Background and the Demographic Life Course: Cross-National Comparisons** (en) von Aart C. Liefbroer und Mioara Zoutewelle-Terovan steht als Open Access [hier](#) zur Verfügung. Das Buch integriert einen Längsschnittansatz sowie eine länderübergreifende vergleichende Perspektive und liefert neue Erkenntnisse über den Einfluss von Benachteiligungen in der Kindheit auf demografische Entscheidungen im Erwachsenenalter (beispielsweise den Zeitpunkt von Lebensereignissen wie Elternschaft; das Risiko einer Scheidung; die Exposition gegenüber Einsamkeit im späteren Leben).

3.3 Ältere Menschen & Pflege

- Im Rahmen der nationalen Berichterstattung der Bundesregierung zum zweiten Weltaltenplan hatte die **Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen** (BAGSO) dazu aufgerufen, sich an einer [Stellungnahme](#) (de) zur Umsetzung des Zweiten Weltaltenplans zu beteiligen. Über einen Fragebogen konnten Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft bis zum 25. Juni 2021 ihre Einschätzungen zur Altenpolitik der Bundesregierung teilen. Diese Informationen werden zur Erstellung eines Beitrags zum nationalen Bericht zur Umsetzung des Weltaltenplans der Vereinten Nationen genutzt. Die Umsetzung des zweiten Weltaltenhilfeplans (Madrid International Plan of Action on Ageing, MIPAA) wird im Fünfjahresrhythmus überprüft und sieht die Beteiligung der Zivilgesellschaft und älterer Menschen vor. Dadurch sollen Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, eine Rückmeldung zu den von ihnen umgesetzten politischen Maßnahmen und Programmen zu erhalten.
- Am 15. Juni fand der **Welttag gegen die Misshandlung älterer Menschen** statt, bei dem dieses Jahr der Zugang älterer Menschen zum Rechtssystem im Fokus stand. In der vom UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (ONHCR) veröffentlichten [Pressemittteilung](#) (en) erläuterte die **Unabhängige Expertin der Vereinten Nationen für die Menschenrechte Älterer** Dr. Claudia Mahler die verschlechterte Situation für ältere Menschen während der Coronavirus-Pandemie und forderte die Staaten auf, Gesetze und Maßnahmen zu verabschieden, um den Zugang zum Rechtssystem für ältere Menschen zu gewährleisten.
- Die **London School of Economics and Political Science** (LSE) hat im Mai den Bericht [Crystallising the Case for Deinstitutionalisation](#) (en) veröffentlicht. Der Bericht analysiert die Erfahrungen von Menschen, die zur Zeit der Coronavirus-Pandemie in institutionellen Einrichtungen gelebt haben und nennt Empfehlungen, um deren Lebensumstände zu verbessern.
- **Eurocarers** hat im April einen [Bericht](#) (en) zu den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf informell Pflegende veröffentlicht. Durch 2.500 Fragebögen wurden die Erfahrungen von informell Pflegenden aus 16 europäischen Staaten zusammengetragen.
- Im Rahmen der globalen Kampagne gegen Altersdiskriminierung der **WHO**, die mit dem [Global Report on Ageism](#) (en) im März gestartet hat, hat die WHO im Juni Leitlinien zur Vermeidung von Altersdiskriminierung in der Kommunikation veröffentlicht: [Quick guide to avoid ageism in communication](#) (en). Darin wird beschrieben, wie in

Kommunikation und (Bild-)Sprache Altersdiskriminierung entgegengewirkt werden kann.

- **Finance Watch** hat im April den Bericht [A Wrinkle in the Process: Financial Inclusion Barriers in an Ageing Europe](#) (en) veröffentlicht. Darin werden die Hürden für ältere Menschen beim Zugang zu finanziellen Dienstleistungen, wie Bankkonten, Sparanlagen oder Versicherungen beschrieben.
- Das **UN-Hochkommissariat für Menschenrechte** (ONHCR) hat im April eine [Studie](#) (en) zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Rechte älterer Menschen veröffentlicht. Darin werden rechtliche und politischen Handlungserfordernisse für Staaten aufgezeigt sowie Beispiele guter Praxis mit Blick auf die Potentiale älterer Menschen dargelegt, in denen sich ältere Menschen für das Klima engagieren.

3.4 Gleichstellung der Geschlechter

- Der **Deutsche Frauenrat** zeigte sich in einer [Pressemitteilung](#) (de) enttäuscht hinsichtlich der gleichstellungspolitischen Vorhaben in der [Abschlussklärung](#) (en) des vom 11. bis 13. Juni in Cornwall (UK) stattfindenden **G7-Gipfels** (en). Zwar stehe die Gleichstellung der Geschlechter auf der Agenda, doch die Verpflichtungen blieben hinter den Erwartungen zurück. Finanziellen Zusagen gäbe es nur im Bereich Bildung, fehlten jedoch bei den Themen Gewalt gegen Frauen und Mädchen, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, politische Beteiligung von Frauen sowie Frauen, Frieden und Sicherheit.
- **EIGE** hat die Studie [Gender equality and the socio-economic impact of the COVID-19 pandemic](#) (en) veröffentlicht. Diese gibt einen detaillierten Einblick der kurz- und langfristigen Herausforderungen für die Geschlechtergleichstellung in der EU infolge der Coronavirus-Pandemie. Aufgrund der fehlenden Einbeziehung der Gleichstellungsperspektive insbesondere bei kurzfristigen Notfall- und langfristigen Wiederaufbaumaßnahmen bestünde die Gefahr, dass bereits bestehende geschlechtsbezogene Ungleichheiten aufrechterhalten oder sogar noch verstärkt werden.
- Der **wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments** hat im Auftrag des FEMM-Ausschusses die Studie [Gender equality: Economic value of care from the perspective of the applicable EU funds](#) (en) veröffentlicht. Diese untersucht die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie hinsichtlich der geschlechtsbezogenen Art der Pflegeleistungen und die fortgesetzte Abhängigkeit von unbezahlter oder niedriger bezahlter Arbeit von Frauen.
- Der **Europäische Rechnungshof** hat den Bericht [Gender mainstreaming in the EU budget: time to turn words into action](#) veröffentlicht ([Pressemitteilung](#), de).
- **Veranstaltungshinweis:** Am 16. Juli 2021 stellen **Women Engage for a Common Future** (WECF) und der Dachverband **European Environmental Bureau** (EEB) den Bericht „Why the European Green Deal needs ecofeminism“ auf einer digitalen Veranstaltung vor. Der Bericht analysiert den Green Deal der Europäischen Kommission auf

Genderaspekte. Die Veranstaltung soll für das Thema Gender im Zusammenhang mit Umweltpolitik sensibilisieren. Eine Anmeldung ist [hier](#) möglich.

3.5 Geschlechtsbezogene Gewalt

- *Zur **Istanbul-Konvention** siehe Kapitel 2.1*
- Der **wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments** hat eine [Europäische Wertschöpfungsanalyse](#) (en) zum Legislativbericht des Europäischen Parlaments zum [Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Ermittlung geschlechtsbezogener Gewalt als neues Kriminalitätsfeld gemäß Artikel 83 Absatz 1 AEUV, 2021/2035 \(INL\)](#) (en) veröffentlicht. Die Analyse legt Gründe für die Einstufung geschlechtsbezogener Gewalt als besonders schwere Straftat mit grenzüberschreitender Dimension dar. Durch die Verbesserung von Prävention, Strafverfolgung und Schutz könnten die Maßnahmen der EU erhebliche Vorteile für die Opfer und die Gesellschaft bringen.
- Vom 30. Juni bis 2. Juli veranstaltet **UN Women** gemeinsam mit den Regierungen von **Mexiko** und **Frankreich** das [Generation Equality Forum](#) in Mexiko-Stadt und Paris. Vorab hatten sich in Frankreich die Dachorganisation **Collectif Générations Féministes** und die französische Bewegung **#NousToutes** mit feministischen Organisationen weltweit zu der Kampagne [#StopTalkingStartFunding](#) (en Version verfügbar) zusammengeschlossen, um die Staaten, die am Generation Equality Forum teilnehmen, mit zwei Kernforderungen zu konfrontieren:
 - Regierungen sollen 0,1 Prozent des BIP zur Bekämpfung geschlechtsbezogene Gewalt verwenden.
 - Regierungen sollen die Unterstützung von Opfern geschlechtsbezogener Gewalt und ihren Zugang zur Justiz verbessern.
- Die **Frauenrechtskommission der UN** (UN Women) hat dazu aufgerufen, bis zum 1. April 2021 Hinweise zur Verletzung von Rechten von Frauen weltweit einzureichen. Weitere Informationen auf der [Webseite](#) (en, siehe „Submission of Claims“) von UN Women.
- **End Female Genital Mutilation EU** (End FGM EU) hat eine [interaktive Karte](#) (en) zu Gesetzen, politischen Maßnahmen und Daten zu weiblicher Genitalverstümmelung in Europa veröffentlicht.
- Am 25. Juni 2021 ist das erste internationale Abkommen zu Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz in Kraft getreten. Bisher haben sechs Staaten das Abkommen der **Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Violence and Harassment Convention, 2019 (No. 190)** (en) ratifiziert. Zum Inkrafttreten des Abkommens hat die ILO eine globale Kampagne zum Thema gestartet, die mit einer [Aktionswoche](#) vom 21. bis 25. Juni beginnt.
- **Surviving Economic Abuse** (SEA) hat im April 2021 ein [Factsheet](#) (en) zur Studie „The Cost of Covid-19“ aus Juni 2020 veröffentlicht. Darin machen sie auf die Folgen der Coronavirus-Pandemie für Opfer von ökonomischer Gewalt durch einen Partner oder Ex-Partner aufmerksam.

3.6 LGBTI

- Die Verabschiedung des umstrittenen Gesetzes in **Ungarn**, welches die „Förderung oder Darstellung“ von Homosexualität oder Geschlechtsumwandlung verbietet (Hintergrund s. 0) hat starke Reaktionen auf Ebene der Europäischen Union (s. 1.1.2.1) und des Europarats (z.B. [Aufruf von Dunja Mijatović, Kommissarin für Menschenrechte an das ungarische Parlament](#), en) hervorgerufen.

ILGA-Europe, die europäische Dachorganisation der LGBTI-Organisationen, hat am 25. Juni ein [rückblickendes Statement](#) (en) abgegeben, in dem die Organisation die starken politischen Erklärungen und Welle der Unterstützung für LGBTI-Personen positiv anerkennt. Das klare Signal der Europäischen Union, Ungarn für den Verstoß gegen EU-Recht zur Verantwortung zu ziehen, einschließlich durch ein mögliches Vertragsverletzungsverfahren, sei wichtig. ILGA-Europe fordert die Europäische Kommission auf, die Bedrohungen und Einschränkungen der Rechte von LGBTI-Personen in allen Mitgliedstaaten ernst zu nehmen und mit allen ihr verfügbaren Mitteln, einschließlich der Rechtsstaatlichkeits-Konditionalität (s. Position des Europäischen Parlaments 1.1.4), dagegen anzukämpfen.

- **Transgender Europe** hat die Studie [Stuck on the swing: experiences of trans parents with freedom of movement in the EU](#) (en) veröffentlicht.
- Die **Universität Bristol** hat im Juni den Policy Report 65 [Die Istanbul-Konvention und Queere Geflüchtete Frauen](#) (de, [en Version](#)) veröffentlicht. Der Bericht fasst Erkenntnisse einer [Online-Konferenz zur Anerkennung und Verhinderung von Gewalt gegen LGBTQI-Personen im Asylkontext](#) (en) von November 2020 des [Queer European Asylum Network](#) (en) zusammen. [Zusammenfassung](#) (de) der Haupteckdaten durch das Gunda-Werner-Institut.
- **Vereinte Nationen**: Vom 21. Juni bis 13. Juli findet die [47. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats](#) (en) statt. Der Menschenrechtsrat (en: *United Nations Human Rights Council – UNHRC*) dient als Forum für Dialog und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte. Er ist ein Nebenorgan der UN-Generalversammlung, die die 47 Mitgliedstaaten proportional nach regionalen Gruppen auf jeweils drei Jahre wählt.
 - **Victor Madrigal-Borloz**, [unabhängiger Experte des UN Menschenrechtsrats für den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität](#), hat im Rahmen der 47. Sitzung einen [Bericht](#) (en) zum Thema *Gender Theory* vorgelegt. Der Bericht analysiert den aktuellen Stand internationaler Menschenrechtsgesetze in Bezug auf die Anerkennung des Geschlechts, der Geschlechtsidentität und des Geschlechtsausdrucks im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung. Er basiert neben einer Literaturrecherche auf mehr als 500 Einreichungen, u. a. von Staaten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen.
 - Begleitend zur 47. Sitzung findet bereits zum fünften Mal die **UN Trans Advocacy Week** statt. 2017 wurde diese Initiative von [Asia Pacific Transgender Network](#) (TGEU), [GATE](#) (Trans, Gender Diverse and Intersex Advocacy in Action),

ILGA World, der schwedischen Föderation für LGBTQ-Rechte (RFSL) und Transgender Europe ins Leben gerufen. Ziel ist es, sich bei den Vereinten Nationen für die Menschenrechte von Transsexuellen einzusetzen und ihre Sichtbarkeit und Führungsrolle in Entscheidungsprozessen auf internationaler Ebene zu erhöhen (weitere Informationen von [TGEU](#), en).

- **Veranstaltungshinweis:** Für den 7. Juli, 14:00 – 15:30h, haben eine Reihe an feministischen, LGBTIQ+ und trans-geführten Organisationen ein *side event* [Feminist and LGBTI Movements: Uniting is Our Strength](#) (en, [Anmeldung](#)) organisiert. Gemeinsam mit weiteren Organisationen weltweit wurde außerdem ein gemeinsam abgestimmter offener Brief [The affirmation of feminist principles](#) (en) veröffentlicht.

Die **Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa** ist ein Projekt des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., welches aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Sie widmet sich in ihrer Arbeit der europäisch-vergleichenden Analyse gesellschaftspolitischer Entwicklungen. Ziel des Projektes ist es, den europaweiten Austausch zu fördern.

Die Publikation gibt nicht die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt den Autorinnen.

Kontakt: beobachtungsstelle@iss-ffm.de